



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 16. März 2010
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stefan Spallek

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 11/10

(Drucksachenband 146)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0017 Tagesordnung

1. Punkt 6 der Tagesordnung wird nach Punkt 2 behandelt.
2. Danach wird Punkt 7 der Tagesordnung ebenfalls vorgezogen.
3. Die Punkte 3 und 4 werden gemeinsam behandelt.
4. Ansonsten werden gegen die Tagesordnung keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0018 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 02.02.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

0019 09-F-01-0058

Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Ocotal
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.06.2009 -

Herr Marbod Rossmeissl ist als Vertreter des Vereins Nueva Nicaragua zu diesem Punkt anwesend und berichtet:

- In diesem Jahr wird nicht nur das 20-jährige Jubiläum mit Ocotal gefeiert, sondern es stehen noch andere Feierlichkeiten an, z. B. 10 Kinder- und Jugendbibliothek, 3 Jahre Kinder- und Jugendzirkus.
- Im Moment werden in Ocotal vom Verein Nueva Nicaragua Projekte mit einem Umfang von 450.000 bis 500.000 € bewegt.
- Im Sommer 2010 findet eine Bürgerreise nach Ocotal statt. Das Interesse an dieser Reise ist zwar groß, aber viele halten sich mit einer festen Buchung zurück, denn die Reise ist relativ teuer. Man muss aber dabei berücksichtigen, dass allein der Flug 1.000 € kostet.
- Mit Bedauern wurde aufgenommen, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Müller Ocotal 2010 nicht besuchen wird, obwohl dies vorab angekündigt war. In einem Sportstadion wurde seinerzeit ein Brief von OB Dr. Müller verlesen, in dem er selber den Besuch ankündigt. Herr Rossmeissl sieht sich Schwierigkeiten gegenüber, weil er nun erklären muss, warum die Ankündigung von OB Dr. Müller nicht umgesetzt wird.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 16. März 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- Von Seiten der Partnerstadt Ocotal wird zum 20-jährigen Jubiläum kein Besuch in Wiesbaden erfolgen, da dies durch den Verein finanziert werden müsste, dafür aber keine Mittel vorhanden sind.
 - Auf Nachfrage von Stv. Bohrer teilt Herr Rossmeissl mit, dass es trotz der Wetterturbulenzen in den letzten Jahre eine Entwicklung in Ocotal gibt. Es entstehen neue Stadtteile, die aber keinerlei Infrastruktur aufweisen. Dafür wäre es sinnvoll, sich die Stadt vor Ort anzuschauen.
2. Vors. Spallek weist darauf hin, dass in die nächste Sitzung des Arbeitskreises am 27.04.2010 alle Vertreter der Partnerschaftsvereine eingeladen werden.
 3. Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion hat durch den Bericht von Herrn Rossmeissl seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0020 10-F-06-0017

Sachstandsbericht "Rufnummer 115"
- Antrag der Linken Liste vom 10.03.2010 -

Stv. Bohrer begründet den Antrag.

Herr Korinek ist als Vertreter des Hauptamtes anwesend und berichtet, dass zur Erweiterung der bestehenden Telefonzentrale Mittel im Haushalt eingestellt wurden, der Haushalt aber noch nicht genehmigt ist.

Die Erfahrungen anderer Städte (MTK, Frankfurt, Wuppertal) haben allerdings gezeigt, dass die Rufnummer 115 wenig nachgefragt wird (höchstens 1 %).

Über den weiteren Sachstand wird mittels einer Sitzungsvorlage informiert.

Einstimmig

0021 10-F-06-0005

Virtuelles Rathaus - Politisches Informationssystem Wiesbaden (PiWi) - Suche auf www.wiesbaden.de
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 27.01.2010 -

Herr Michel und Frau Graf (Wiesbaden-Marketing) und Herr Ortseifen (I/20-ITM) sind zu diesem Punkt anwesend.

Herr Michels berichtet, dass der relaunch eine lange Agenda nach sich gezogen hat, die es abzuarbeiten galt. So sollte z. B. die Suchfunktion verbessert werden, PiWi sollte über google zu finden sein. Man sei für jeden Tipp dankbar.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 16. März 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Wiesbadener Fachhochschule sei auch an dem Projekt beteiligt und soll sich 1 Jahr nach dem relaunch mit der Handhabung beschäftigen.

Frau Graf weist darauf hin, dass jeder Nutzer seine eigene Struktur habe. Die Website müsse auf die individuellen Bedürfnisse antworten. Es gäbe mehrere Einstiege, um an die Information aus PIWi heranzukommen. Die einfachste Variante sei der Klick auf wiesbaden.de/PIWi, die man sich dann unter seinen Favoriten eintragen könne.

Die allgemeine Suche sei dann Variante 2. Die ersten beiden Treffer würde auf PIWi verweisen bzw. zu PIWi führen.

Vors. Spallek stellt klar, dass man eine Verbesserung des Internet-Auftritts der Stadt dahingehend wünsche, dass die Suche nach dem Stadtparlament verkürzt werde. Jetzt müsse man einen langen Weg einschlagen, um auf die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse zu gelangen. Er erwartet, dass das Stadtparlament mehr gewürdigt wird und gleichberechtigt neben dem Oberbürgermeister in dieser Maske auftaucht.

Frau Graf verweist darauf, dass man das vor dem relaunch so festgelegt habe, wie es jetzt erscheine. Man würde ansonsten diesen Teil aus dem festgelegten System heraustrennen. Außerdem hätte man ja nach 3 Klicks das Stadtparlament erreicht.

Vors. Spallek macht noch einmal deutlich, dass eine Umgliederung möglich sein müsse.

Stv. Manjura erklärt dazu, dass man momentan eine Übersicht findet, in der zwar der Oberbürgermeister auftaucht, aber auf dieser Seite kein Hinweis auf Stadtparlament und Ausschüsse zu finden ist. Man müsse den Begriff „Politisches Informationssystem“ anklicken, um dann die Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung erst einmal zu finden. Dazu müsse man eigentlich wissen, dass sie sich hinter diesem Begriff verbergen.

Stv. Bohrer bekräftigt diese Aussage und berichtet, dass man als Bürger gar nicht wisse, was PIWi und dass man unter diesem Begriff weiter suchen muss.

Herr Michel wird prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, die Wünsche des Ausschusses zu erfüllen.

Vors. Spallek fragt nach der Umsetzung des Auftrags, das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen in den Beschlüssen sichtbar zu machen.

Dazu erklärt Herr Ortseifen, dass es dazu einen entsprechenden Beschluss gäbe. Man habe ein Angebot eingeholt und das Vergabeverfahren angestoßen. Man wolle aber bei dem bestehenden alten System kein weiteres Geld in die Hand nehmen, um die Umsetzung zu realisieren. In 2011 ist mit dem neuen PIWi zu rechnen. Dann sollte auch der Beschluss umgesetzt werden können.

Stv. Bohrer fragt nach, wer inhaltlich die Daten der Ortsbeiräte und der Ausschüsse/der Stadtverordnetenversammlung betreue.

Herr Ortseifen weist darauf hin, dass die Datenpflege für die Ortsbeiräte beim Hauptamt und für die Ausschüsse/die Stadtverordnetenversammlung beim Amt der Stadtverordnetenversammlung liege.

Die Angelegenheit ist durch die ausführliche Aussprache erledigt.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Punkte zum Alkoholmissbrauch werden gemeinsam beraten.

0022 10-F-25-0022

Bekämpfung von Alkoholmissbrauch von Jugendlichen bei der Wiesbadener
Straßenfastnacht
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 09.10.2010 -

Stv. Dumont du Voitel begründet den Antrag.

Frau Stadträtin Zeimetz und Herr Tischel sind zu diesem Punkt anwesend. Herr Tischel verteilt eine Übersicht / Fortschreibung über die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Problem des Alkoholmissbrauchs von Jugendlichen, die vor ca. 1 Jahr zu dem unten stehenden Antrag dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben wurde.

Frau Zeimetz berichtet, dass man auch die Wintermonate genutzt habe, um Kontrollen durchzuführen. Sie selber sei beim Faschingszug am Sonntag in Wiesbaden dabei gewesen, eine 2. Kontrolle wurde am Rosenmontag in Mainz durch Herrn Tischel begleitet. Man habe dort mit der Mainzer Polizei zusammengearbeitet. Die Ergebnisse seien erschütternd und ermutigend zugleich gewesen.

Herr Tischel führt weiter aus, dass man mit der Dacho sehr eng zusammenarbeite. Es gäbe ein grundsätzliches Verbot von Alkohol für Jugendliche. Auch in der Straßenfastnacht würde auf das Problem hingewiesen. Das Kontrollteam habe stundenlange Aufklärungsgespräche geführt. Insgesamt seien 107 Kinder und Jugendliche angesprochen worden. Bei 14 sei ein Test durchgeführt worden. Bei einer 15-jährigen sei ein Wert von 1,56 Promille festgestellt worden. Die junge Frau sei zudem ausfallend geworden, habe um sich geschlagen und sei schließlich in Gewahrsam genommen worden. Man habe 5 Alkoholvernichtungen durchgeführt (machen die Jugendlichen in der Regel selber). Man habe auch mit den Kliniken rückgekoppelt, weil nicht alles über das Kontrollteam laufe. Die HSK habe berichtet, dass es keine besonderen Einlieferungen gab.

Die Zahlen der HSK würden dem Ausschuss aber noch nachgeliefert.

In Mainz habe man im 2. Jahr Kontrollen gemeinsam mit der Mainzer Polizei durchgeführt. Viele Jugendliche reisen schon mit Wodka im Rucksack an. Daran würde man auch erkennen, dass die Aufklärungsarbeit und die Kontrollen zwar eine gute Sache seien, dass man aber eigentlich schon im Elternhaus mit der Arbeit anfangen müsse. Auffallend sei, dass die Mädchen eindeutig in der Mehrzahl bei den Jugendlichen mit Alkoholmissbrauch seien. Man habe versucht, gerade den Mädchen klar zu machen, dass sie in alkoholisiertem Zustand nicht nur Opfer von Taschendieben werden könnten, sondern dass eine große Gefährdung bestehe, Opfer von Sexualdelikten zu werden.

Am Hauptbahnhof Mainz habe man 123 Ansprachen und 13 Vernichtungen durchgeführt, es habe zudem 2 Sicherstellungen und 7 Benachrichtigungen der Eltern gegeben.

Vors. Spallek fragt nach, ob angedacht sei, auch Schulen anzusprechen. Hier könnte man von kommunaler Ebene her gut einsteigen.

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 16. März 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Lt. Herrn Tischel haben die Schulen sehr viele Projekte zu betreuen. Es gibt zudem das Projekt HALT, das auch über die Schulen läuft.

Stv. Manjura weist darauf hin, dass Projekte zu Alkoholmissbrauch auch in Gymnasium angesiedelt werden müssen, denn die Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen hat nichts mit den Einkommensverhältnissen der Eltern zu tun. Nach seinem Wissen haben Lehrer die These aufgestellt, dass dies auch daran liege, dass in der Schule keine Sozialkunde mehr gegeben wird.

Stv. Bohrer bittet darum, dass in den Bereichen der Landeshauptstadt Wiesbaden, die sich mit Sucht usw. beschäftigen, keine Stellen gestrichen werden sollten.

Durch den mündlichen Bericht hat der Antrag seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0023 08-F-25-0067

Alkoholmissbrauch von Jugendlichen in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.05.2008 -

1. Die Fortschreibung der Power-Point-Präsentation des Magistrats (Dezernat VII) vom 16.03.2010 zur Präsentation vom 02.03.2009 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat (Dezernat VII) wird gebeten, dem Ausschuss die im Bereich der Dr. Horst Schmidt Kliniken ermittelten Zahlen über dort nach übermäßigem Alkoholkonsum aufgenommenen Jugendlichen zu übermitteln.

Einstimmig

0024 10-F-25-0023

Ausländerbeiratswahlen 2010
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.02.2010 -

Stv. Müller begründet den Antrag.

Herr Wolf (Einwohner- und Integrationsamt) ist zu diesem Punkt anwesend. Er wird an der nächsten Sitzung des Ausländerbeirates teilnehmen und dort über das Procedere der Ausländerbeiratswahlen informieren. Die Landesregierung hat den Termin für die Ausländerbeiratswahl noch nicht festgelegt, aber man geht im Moment vom 07.11.2010 aus. Er hat außerdem bereits Unterlagen zusammengestellt, die aber ohne den offiziellen Termin noch nicht verteilt werden können.

Stv. Schickel berichtet, dass auch der Ausländerbeirat „in den Startlöchern“ sitzt.

Vors. Spallek fragt nach, ob denn mehr Werbung erfolgen soll.

**Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 16. März 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Wolf weist auf einen Zwiespalt hin. Man könne evtl. bei den Wahllokalen evtl. etwas machen, aber die Wahllokale oft zu wechseln sei nicht sinnvoll. Zurzeit gibt es in Wiesbaden 15 Wahllokale.

Frau Rudolph berichtet, dass sich der Ausländerbeirat an die Werbekampagne des Landesausländerbeirates anschließen wird. Dazu werde es z. B. hessenweite Auftritte geben, man habe außerdem eine Arbeitsgruppe des Plenums gebildet und Broschüren werden auch verteilt werden, so dass es hessenweit eine einheitliche Linie gibt.

Einstimmig

0025 09-F-01-0057

Sachstand Städtepartnerschaften
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion -

Vors. Spallek berichtet aus der Sitzung des Arbeitskreises, dass sich Herr Dr. Faber mit der Anfrage von Luxemburg vorgestellt hat.

Der griechische Vorschlag, mit Veria eine Partnerschaft zu begründen, ist in der Presse so dargestellt worden, als wenn die Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrages kurz bevor stehe.

Dagegen wird sich der Arbeitskreis vehement zur Wehr setzen und dies auch in der Presse veröffentlichen lassen. Es muss deutlich gemacht werden, dass sich alle Interessenten zunächst im Arbeitskreis vorstellen werden und danach erst eine Entscheidung gefällt wird.

Vor der nächsten Ausschusssitzung wird sich der Arbeitskreis mit allen Vertretern der bestehenden Partnerschaftsvereinen zusammensetzen und einen vorbereiteten Fragenkatalog besprechen.

Im Juni wird sich der Ansprechpartner für die Partnerschaft mit Veria im Arbeitskreis vorstellen.

Einstimmig

0026 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

Frau Rudolph berichtet kurz, dass die Integrationsgespräche die Interkulturellen Wochen ablösen werden. Einen Plakatentwurf und einen Flyer habe man vorbereitet und steht sozusagen in den Startlöchern.

Sie schlägt vor, sich ähnlich wie bei der Ausgestaltung der IKW vor den Ausschusssitzungen über die Themenauswahl usw. in einem Arbeitskreis abzustimmen.

Sie hat verschiedene Themenkategorien zusammengestellt und die entsprechende Unterlagen den Ausschussmitgliedern ausgehändigt. Die Zusammenstellung wird den Ausschussmitgliedern zusätzlich in digitaler Form über die Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt.

Stv. Schickel könnte sich vorstellen, die Äußerungen von Sarazin in die Gespräche einzubeziehen.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 16. März 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vor der nächsten Ausschusssitzung wird sich bereits der Arbeitskreis Städtepartnerschaften zusammensetzen, so dass sich der Ausschuss nach Beendigung der nächsten regulären Sitzung mit den Wiesbadener Integrationsgesprächen beschäftigen könnte.
Für 2010 ist zunächst ein Gespräch geplant, im kommenden Jahr ist auch eine Steigerung vorstellbar.

Einstimmig

0027 Bericht der Dezernentin

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass

- lt. Frau Stadträtin Zeimetz alle 16 Helder die Ausbildung für MUSE abgeschlossen haben, am 23.03.2010 die Zertifikate übergeben werden und dann der Einsatz erfolgt,
- die Justizvollzugsanstalt fest in das Projekt eingebunden ist und
- zwar die Zusage zur Förderung des Projekts vorliegt, aber die Höhe der EU-Mittel noch unklar ist.

Einstimmig

0028 10-V-30-0001

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsbezirk IV Wiesbaden
Dotzheim/Frauenstein

Einstimmig

0029 10-V-30-0002

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk IV
Wiesbaden Dotzheim/Frauenstein

Einstimmig

0030 10-V-30-0003

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk XI
Wiesbaden Nordenstadt/Delkenheim

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 16. März 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0031 **Verschiedenes**

Hierzu wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .04.2010

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spallek

Karipidou

Koba